

Partei
Arbeit & soziale Gerechtigkeit
Die Wahlalternative
Bundesvorstand

Die Linkspartei.PDS
Die Linke
Parteivorstand

In Fortsetzung der Gesprächsvereinbarungen vom 17. Juni 2005 formulieren wir in Folgendem ein

Kooperations- und Fairnessabkommen

1. Grundsatzvereinbarung

Das Gesprächsergebnis vom 17. Juni 2005 bildet die Grundlage der weiteren Gespräche. Sie haben die Aufgabe, das Gesprächsergebnis zu konkretisieren und um mündlich erörterte Themen zu ergänzen.

Vor dem Hintergrund offener Fragen ist festzustellen, dass in beiden Parteien noch viel Unsicherheit und Unkenntnis gegenüber unserem gemeinsamen Projekt existieren. Beide Parteivorstände werden deshalb

- zum maßvollen und fairen Umgang miteinander aufrufen,
- regelmäßig gemeinsame offizielle Erklärungen über den Stand der Verhandlungen abgeben,
- eine gemeinsame Clearing-Gruppe einrichten, die mögliche Missverständnisse und Konflikte ausräumt und gravierende Vorwürfe und Zerwürfnisse moderieren soll.

2. Namen

Die PDS hat auf ihrem Parteitag am 17. Juli 2005 ihren Namen geändert, um damit Parteilosen und Kandidatinnen und Kandidaten der WASG die Kandidatur auf ihren offenen Listen zu ermöglichen. Die Delegierten verbinden damit zugleich, dass ihnen eine Namensänderung als Symbol des Aufbruchs für ein erweitertes Projekt der Linken wichtig ist.

Mit dem Parteitagsbeschluss vom 17. Juli 2005 heißt die vormalige PDS nun „Die Linkspartei“. PDS ist die Zusatzbezeichnung. Die Kurzbezeichnung ist *Die Linke*.

Die Bezeichnung „PDS“ wurde satzungsgemäße Zusatzbezeichnung im Sinne von § 4, Absatz 1, Satz 2 Parteiengesetz mit der Folge, dass sie in Landesverbänden zugefügt oder weggelassen werden kann. Darüber hat inzwischen die Mehrzahl der Landesverbände der Linkspartei ihre Namens-Entscheidungen getroffen.

3. Gemeinsame programmatische Grundlagen

Folgende sechs Punkte werden als Ergänzung der Grundsatzvereinbarung vom 17. Juni 2005 festgehalten.

„Beide Seiten setzen sich ein für

1. Arbeit in Würde
Im Mittelpunkt steht der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Dazu brauchen wir
 - a) eine Stärkung der Binnenwirtschaft und ihre Ausrichtung auf sozial und ökologisch sinnvolle Güter und Dienstleistungen. Die Arbeitseinkommen folgen dem Produktivitätszuwachs und Preissteigerungen. Mindestlöhne und Ausbildungsplatzabgabe werden eingeführt.
 - b) mehr sozial und ökologisch sinnvolles Wirtschaftswachstum; wir sind für ein umfangreiches und längerfristig angelegtes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau des Bildungswesens und sozialer Dienstleistungen;
 - c) begrenzte und verkürzte Arbeitszeiten. Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung muss ausgebaut werden;
 - d) eine Rückkehr zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik;
 - e) die Sicherung und den Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung in Wirtschaft und Unternehmen.
2. Solidarität und soziale Verantwortung statt Ungerechtigkeit, Almosen und Gleichgültigkeit. Weg mit Hartz IV. Den Ausbau der Krankenversicherung zu einer solidarischen BürgerInnenversicherung; eine Lebensstandard sichernde gesetzliche Alterssicherung und eine solidarisch finanzierte Pflegeversicherung. Für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung.
3. Für eine soziale und demokratische Bildungsreform, ein kostenfreies Bildungssystem für alle.
4. Für zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen in Ostdeutschland und in Krisenregionen im Westen.
5. Für mehr Bürgerrechte mit direkter Demokratie und eine tolerante Gesellschaft! Gegen Rassismus und Rechtsextremismus! Gegen Kriegseinsätze, für Abrüstung und Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion.
6. Wir werden uns nicht an einer Bundesregierung beteiligen, die Sozialabbau betreibt oder einen solchen tolerieren.

Diese politischen Orientierungen sind alles andere als leichtfertige Versprechen. Zu deren Durchsetzung ist eine dringende Neuordnung der Finanz- und Steuergesetzgebung erforderlich, für die wir uns mit konkreten Vorschlägen einsetzen. Konsequente Opposition gegen die neoliberale Politik und machbare Alternativen aufzuzeigen, sehen wir als zentrale Herausforderung, um die Mehrheit der WählerInnen aus der politischen Resignation herauszuholen. Die Berliner Republik steckt in der tiefsten politischen Krise seit ihrer Gründung. Da die Parteien der repräsentativen Demokratie immer weniger die Opfer der marktradikalen Politik vertreten, versuchen beide Parteien einen Neuanfang: wir wollen eine demokratische

Linke, die nicht nur auf Parlamentsbänken, sondern in den breiten Schichten und insbesondere bei den Menschen, die auf der Schattenseite der Gesellschaft stehen, verankert ist. Wir wollen eine Partei sein, die Arbeiterinnen und Arbeitern, Angestellten und Beamtinnen und Beamten, Hartz IV-Opfern und allen Erwerbslosen, Mini-Jobber/-innen, Zeitarbeiter/-innen mit suspendiertem Kündigungsschutz, Selbständigen, Freiberuflern, Gewerbetreibenden und Unternehmern kleiner und mittlerer Betriebe, Rentnerinnen und Rentnern oder Eltern, die ihre Kinder in baufällige Schulen schicken müssen, eine hörbare und nicht zu ignorierende Stimme im Parlament und in der Öffentlichkeit geben.“

Für die Weiterbearbeitung und Aufbereitung gemeinsamer Positionen benennen beide Seiten eine gleiche Zahl von VertreterInnen.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Über den Stand der Verhandlungen wird in gleich lautenden Presserklärungen informiert. Diese sind von den Verhandlungskommissionen freizugeben und hinsichtlich des Termins der Veröffentlichung verbindlich zu verabreden. Dies gilt ebenfalls für die Informationen über den Stand der Verhandlungen an die Gremien beider Parteien.

5. Mittelfristige Perspektive

Das Gesprächsergebnis vom 17. Juni 2005 wird in den Punkten 1 und 2 wie folgt konkretisiert:

Zu 1.

Die Delegationen sind sich einig, ihren jeweiligen Parteien ein konkretes Projekt der Neugruppierung der politischen Linken vorzuschlagen. WASG und Die Linkspartei.PDS wollen durch konkrete Schritte einen Verständigungsprozess der demokratischen Linken voran bringen. In einer neuen politischen Partei könnten die Formation einer breiten gesellschaftlichen Protestbewegung gegen das neoliberale Gesellschaftsprojekt gestärkt und konkrete Alternativen gemeinsam vorangetrieben werden.

Wir wollen in offenen Foren die politischen Gemeinsamkeiten, die historisch-kulturellen Unterschiede und die theoretisch-programmatischen Differenzen in eine gemeinsame politische Organisation einbringen. In den nächsten Monaten, verstärkt nach der Bundestagswahl, sollen konkrete Foren, Kommissionen und Etappen vereinbart werden, so dass den beteiligten Parteien und Organisationen eine begründete Entscheidung möglich wird, ob und unter welchen Bedingungen eine gemeinsame politischen Formation entstehen kann.

Zu 2.

Zur Vorbereitung, Durchführung und politischen Steuerung dieser Neugruppierung der demokratischen Linken wird eine gemeinsame Kommission gebildet, die für andere Partner offen ist. Zunächst entsenden beide Parteien paritätisch Mitglieder; über die Ausweitung wird einvernehmlich entschieden. Die Kommission soll nach einer Phase breiter Debatten folgende Dokumente erarbeiten: ein Parteiprogramm, ein Statut, Namen und Art und Weise einer politischen Formation der demokratischen Linken. Beide Seiten bekräftigen, dass der Weg zu einer solchen

Formation, in der beide aufgehoben sein können, in Form gleich berechtigter Partnerschaft erfolgt. Deshalb wird in der neuen Partei für einen Übergangszeitraum geregelt, dass in zentralen Gremien einvernehmlich die Partner paritätisch vertreten sind.

Der Punkt 3 bleibt in der Version des Gesprächsergebnisses vom 17. Juni 2005.

6. Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit

Zur Bundestagswahl am 18. September 2005 tritt »Die Linkspartei.PDS« an. Sie öffnet ihre Listen für Nicht-Mitglieder, darunter für Mitglieder der WASG.

Die WASG unterstützt politisch den Wahlkampf der Partei »Die Linkspartei.« und fordert Wählerinnen und Wähler, aber auch die Mitglieder und Anhänger der WASG zu deren Wahl auf.

Politisch beratend werden – auf Vorschlag des WASG-Bundesvorstandes – Mitglieder der WASG in die Arbeit des Wahlquartiers und des Wahlbüros der Linkspartei und in die Arbeit am Wahlprogramm der Linkspartei einbezogen. Vertreter/innen der WASG nehmen als Gäste am Wahlparteitag der Linkspartei teil, erhalten im Rahmen der Geschäftsordnung Rederecht und werden beratend in die Arbeit der Antragskommission einbezogen.

Der Parteivorstand der Linkspartei wird am Montag, dem 19. September 2005, zu einer ersten Bewertung der Ergebnisse der Bundestagswahl zusammenkommen und erste Konsequenzen beraten. Daran nehmen Vertreter/innen des WASG-Bundesvorstandes teil.

Beide Seiten vereinbaren weitere Gespräche über die Grundsätze der Zusammenarbeit und der Finanzierung einzelner Gremien, die zu programmatischen und strategischen Fragen einer demokratischen Linken arbeiten, um das gemeinsam angestrebte Projekt inhaltlich innovativ und nachhaltig zu gestalten.

Alle getroffenen Vereinbarungen und Abreden – einschließlich der Ergebnisse von gemeinsamen Arbeitsgruppen – sind schriftlich niederzulegen und den Verhandlungskommissionen zur Kenntnis zu geben.

Berlin/Fürth, den

4. August 2005



Für die WASG
Bundesvorstand



Für die Linkspartei.PDS
Parteivorstand

Anlage

Gesprächsergebnis

**zwischen Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)
und Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)**

Präambel

Die Delegationen haben sich in den Gesprächen auf folgende politische Ziele verständigt:

**Es gibt Alternativen!
Für Arbeit, Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie!
Gegen den neoliberalen Zeitgeist.**

Beide Seiten setzen sich konkret ein für

- **Arbeit in Würde. Arbeitsplätze jetzt! Hartz IV muss weg!**
- **Solidarität und soziale Verantwortung statt Ungerechtigkeit, Almosen und Gleichgültigkeit. Für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung!**
- **Für eine soziale und demokratische Bildungsreform! Für längeres gemeinsames Lernen!**
- **Für ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen in Ostdeutschland und in Krisenregionen im Westen!**
- **Für mehr Bürgerrechte mit direkter Demokratie und eine tolerante Gesellschaft! Gegen Rassismus und Rechtsextremismus!**
- **Für einen friedenspolitischen Aufbruch, für Abrüstung und Konversion!**

1.

Die Delegationen sind sich einig, ihren jeweiligen Parteien eine Vereinigung miteinander vorzuschlagen. Sie werden im Interesse der Einheit der demokratischen Linken engagiert für dieses Ziel kämpfen. Der Vereinigungsprozess soll spätestens zwei Jahre nach einer für das Jahr 2005 vorgezogenen Bundestagswahl abgeschlossen sein. Die Art der Vereinigung soll wie zwischen den Parteien „Die Grünen“ und „Bündnis 90“, wenn auch in umgekehrter Hinsicht, erfolgen.

2.

Zur Vorbereitung der Vereinigung wird eine gemeinsame Kommission gebildet. Beide Parteien entsenden paritätisch Mitglieder. Die Kommission soll folgende Dokumente erarbeiten: ein Parteiprogramm, ein Statut, Namen und Art und Weise der Vereinigung der Parteien. Beide Seiten bekräftigen, dass der Weg zur Vereinigung der beiden Parteien in Form gleichberechtigter Partnerschaft erfolgt. Deshalb wird in der neuen Partei für einen Übergangszeitraum geregelt, dass zentrale Gremien paritätisch besetzt sind.

3.

In Anbetracht des Planes der Vereinigung beider Parteien und der gegebenen politischen Situation wäre ein getrennter und konkurrierender Antritt zu vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 ein schwerer politischer Fehler. Vorstellungen der einen Partei, vor der Wahl 2005 gemeinsam eine neue Partei zu gründen, scheiterten aus politischen und juristischen Gründen. Deshalb verständigten sich beide Delegationen darauf, dass nur eine der beiden Parteien antritt. Aufgrund der bisherigen Entwicklung und Stellung in der Gesellschaft

wird deshalb nur die PDS antreten. Die Delegation der PDS strebt in ihrer Partei aber Beschlüsse an, die das Bündnis, die erweiterte Identität und die mit der Vereinigung angestrebte neue Qualität zum Ausdruck bringen. Dazu wird in kürzester Zeit von beiden Delegationen ein gemeinsamer Vorschlag für einen Parteinamen unterbreitet, den die PDS auf ihrem kommenden Parteitag zur Abstimmung stellt. Sie wird außerdem die Landesverbände dringend auffordern, Kandidatenvorschläge der Parteiführung zu berücksichtigen.

4.

Die Gespräche werden fortgesetzt, um die besprochenen Punkte weiter zu konkretisieren und weitere Schritte des gemeinsamen Vorgehens zu vereinbaren.



Klaus Ernst
Für die WASG



Lothar Bisky
Für die PDS

17. Juni 2005